Ditib beklagt Islamfeindlichkeit – eigene Imam-Ausbildung

11. Juli 2019



Köln (KNA) Der deutsch-türkische Moscheeverband Ditib hat Angriffe auf muslimische Gebetshäuser verurteilt. Die jüngste Bombendrohung gegen die Ditib-Zentralmoschee in Köln sei „ein trauriger Höhepunkt“ in einer ganzen Reihe von derartigen Zwischenfällen, sagte der Ditib-Vorsitzende Kazim Türkmen am Mittwoch in Köln. Zugleich beklagte er „unsachlich“ geführte Debatten etwa über die Ausbildung von Imamen.

Am Dienstagvormittag hatte die Polizei die im Stadtteil Ehrenfeld gelegene Zentralmoschee für mehrere Stunden geräumt. Vorausgegangen waren eine Drohmail und der Notruf durch Mitarbeiter der Moschee.

Die Ditib will noch in diesem Jahr einen eigenen Ausbildungsgang für Religionsbeauftragte starten. Dieser hat unter anderem zum Ziel, die Zahl deutschsprachiger Imame, Prediger und Gemeindepädagogen zu erhöhen, wie Türkmen und die zuständige Abteilungsleiterin Seyda

Can ankündigten.

Bislang sind in den 857 Ditib-Gemeinden mehr als 1.000 solcher Religionsbeauftragter tätig, von denen ein Großteil direkt aus der Türkei entsandt wurde. Auch die neu ausgebildeten Seelsorger und Pädagogen sollen ihr Gehalt von der türkischen Religionsbehörde Diyanet bekommen. Kritiker werfen der Ditib vor, als verlängerter Arm der türkischen Regierung zu fungieren und durch eine nationalistische Ausrichtung die Integration der Türken in Deutschland zu behindern.

Das Bildungsangebot soll noch in diesem Jahr starten, voraussichtlich in einer Immobilie in der Eifelgemeinde Dahlem, die der Verband vor einigen Jahren schon erworben hat. Die Einrichtung bietet den Angaben zufolge 50 Übernachtungsplätze und verfügt über mehrere Konferenzräume. Die Dauer der Ausbildung veranschlagen die Verantwortlichen auf etwas mehr als zwei Jahre.

Kritisch äußerte sich der Abteilungsleiter für Außenbeziehungen bei der Ditib, Zekeriya Altug, zum islamischen Religionsunterricht in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Das in Baden Württemberg gewählte Stiftungsmodell nannte er „verfassungsrechtlich bedenklich“ und „generell problematisch“, weswegen sich die Ditib daran auch nicht beteilige. Die in Nordrhein-Westfalen gefundene Beiratslösung erscheine „kooperativer“, allerdings sei bei den Expertenanhörungen im Landtag kein Vertreter aus den islamischen Verbänden gehört worden. Mit bei den Landesverbänden angesiedelten Schulreferaten will die Ditib den islamischen Religionsunterricht in den Bundesländern künftig „begleiten“.

(KNA - tkrlk-89-00156)
Bild: Unsplash

Stand: 13. November 2026